

CDU-Fraktion	Drucksache Nr. A/16/2881-02	Termin 25.09.2017	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium		Vorlage zur*	Ergebnis	Beschlusskontrolle*
07.09.2017	Umweltausschuss		V		
25.09.2017	Rat der Stadt		B		

Beratungsgegenstand

Antrag der CDU-Fraktion zur Videobeobachtung.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Polizei in einen Dialog darüber einzutreten, an welchen Stellen auf Oberhausener Stadtgebiet die Einführung einer Videobeobachtung hilfreich und sinnvoll ist.

Vorsitzende CDU-Fraktion Stehr 19.09.2017	
---	--

CDU-Fraktion	Drucksache Nr. A/16/2881-02	Termin 25.09.2017	Rat der Stadt
---------------------	--	------------------------------------	----------------------

1 **Begründung**

2

3 Der Einsatz von Videokameras an öffentlichen, frei zugänglichen Orten ist aus Sicht der CDU-Fraktion
4 ein geeignetes Mittel, Verbrechen vorzubeugen und für die Polizei die Ahndung von Kriminalität zu
5 erleichtern.

6

7 Die CDU/FDP-Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass „polizeiliche
8 Videobeobachtung künftig an Orten zulässig ist, an denen tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme
9 rechtfertigen, dass dort Straftaten von erheblicher Bedeutung verabredet, vorbereitet oder begangen
10 werden“. Solche Orte gilt es aus Sicht der CDU-Fraktion in Zusammenarbeit mit der Polizei
11 Oberhausen zu identifizieren und dort Videobeobachtung zu etablieren.

12

13 Klar identifizierte Kriminalitätsschwerpunkte sind neben den Oberhausener Bahnhöfen auch die
14 umliegenden Stadtparks. Aber auch die Innenstädte von Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld
15 werden immer wieder als unsichere Orte benannt.

16

17 Eine weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.